



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 81991 - 88  
Fernschreiber 0866890

P/XIII/142 - 28. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite :</u>		<u>Seiten:</u>
1 - 2	Ungleiche Maßstäbe Eine Erinnerung für Herrn Blank	88
3 - 4	Hohe Behörde soll Kartellproblem lösen In Strassburg tagte das Europäische Parlament	68
5 - 6	Eckardt's Schönfärberei Notwendige Richtigstellungen	76
7	Ein Brief an alle katholischen Fakultäten Antwort an die sieben katholischen Moraltheologen	28

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

### Ungleiche Maßstäbe

sp - Es ist eine bekannte Erfahrung, dass die Wogen der politischen Auseinandersetzungen bei Wahlkämpfen höher schlagen als in normalen Zeiten. Dagegen gibt es nichts einzuwenden. Mit Recht wehrt man sich jedoch gegen Provokationen, die zu handgreiflichen Auseinandersetzungen führen und damit zwangsläufig eine Atmosphäre schaffen, die für das politische Leben in unserem Land abträglich ist.

Am Freitag sprach Bundesarbeitsminister Blank im Bundestag von dem Mob, der in Deutschland losgelassen sei. Die Bemerkung bezog sich auf einen Zwischenfall in Dortmund, wo am Tage zuvor eine von 12 000 Teilnehmern besuchte Kundgebung des "Arbeitsausschusses Kampf dem Atomtod" stattgefunden hatte. Am Schluss dieser Kundgebung waren Lautsprecherwagen der CDU mit Bonner Kennzeichen auf dem Kundgebungsplatz erschienen, hatten tausende von Flugblättern auf den Platz geworfen und mit Lautsprecherlärm Empörung hervorgerufen, die sich, nach den bekanntgewordenen Meldungen, in der Beschädigung der Fahrzeuge Luft machte.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass in politischen Kreisen Dortmunds die Vermutung geäußert wird, die CDU habe von Anfang an durch ihre Provokationen Ausschreitungen hervorrufen wollen, um ihre Behauptung zu stützen, die Bewegung gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen befände sich im Fahrwasser der Kommunisten. Diese Ansicht wird bestätigt durch die Auswertung im Bundestag und in der christlich-demokratischen Publizistik - vor allem im "Deutschland-Union-Dienst". Sie ergibt sich aber auch aus folgendem: 1. Vor Beginn der Veranstaltung war der Kundgebungsplatz ringsumher mit CDU-Plakaten beklebt worden, die selbstverständlich entfernt wurden. 2. Während der Veranstaltung überflog ein Flugzeug, das ein Spruchband mit einer CDU-Parole hinter sich herzog, in niedriger Höhe die Menge und störte durch den Motorenlärm die Übertragung der Ansprachen. 3. Nach Schluss der Kundgebung fuhren Lautsprecherwagen auf, um die noch anwesenden Personen mit CDU-Parolen anzusprechen. Die Anwesenden reagierten in der bekannten Weise. - Und Herr Blank erlaubte sich vom "Mob" zu sprechen, der "in Deutschland los sei".

Nun sollte man fragen, wie verhält sich denn gerade der Herr Arbeitsminister Blank gegenüber politischen Herausforderern? Am 27. August 1957 hat er auf einer Wahlversammlung in Salzkotten in Westfalen genau das gleiche angedroht, was er heute als Ausschreitung des Mob bezeichnet. Er brüllte dort nämlich in höchster Lautstärke einen Zwischenrufer an: "Wenn Sie mich beleidigen wollen, haue ich Ihnen rechts und links eine runter; ich habe schon andere fertiggemacht!" - Nun, diese damals in der Presse erwähnte Bemerkung erschien uns eines Bundesministers nicht gerade würdig. Wir hielten sie damals der Wahlkampfhitze zugute.

Wenn man aber in dieser Schärfe reagiert, wie der Arbeitsminister im Bundestag, so stellt sich die Frage, warum er sich nicht bereits im Bundestagswahlkampf 1957 über die Knuppelgarde der

"Jungen Union" empörte, die damals das zweifelhafte Verdienst für sich in Anspruch nehmen konnte, den Terror erstmalig in der Nachkriegszeit wieder in die Politik eingeführt zu haben.

Einige Beispiele:

Ein Filmtourenwagen der SPD wollte am 6. September in Haren (Emsland) Wahlfilme zeigen. Erschienen waren etwa 600 Zuschauer. Durch Pfeifen und Brüllen wurde die Vorführung jedoch von Beginn an gestört. Während der Vorführung wurde das Tonkabel zerrissen. Angehörige der "Jungen Union" versuchten, den Wagen umzuwerfen, wurden aber durch Eingreifen des Ortpolizisten daran gehindert. Organisierte Sprechchöre riefen: "SPD weg - ist nur Dreck!" Die Menge versuchte, den Wagen durch Herauslassen der Luft aus dem Reifen am Abfahren zu hindern.

In den Orten Sögel, Freren, Lengerich, Esterwegen, Leschede und vielen anderen wurden SPD-Filmtourenwagen mit Steinen beworfen.

In Hauenstein (Pfalz) vollführte eine von einem Geistlichen ermutigte Gruppe mit Blechtöpfen, Eimern, Mopedmotoren, Autohupen und Trillerpfeifen einen solchen Lärm, dass die Filmvorführung eines Filmtourenwagens der SPD abgebrochen werden musste. Die Besatzung des Fahrzeuges wurde mit Steinen beworfen und von den vorhatzigen Jungen schwer bedrängt.

In St. Martin (Pfalz) wurde die Besatzung eines Filmtourenwagens der SPD mit Mistgabeln bedroht. Am 22. August ereignete sich ein ähnlicher Vorfall in Kapsweyer/Krs. Bergzabern.

Einem SPD-Kreistagsabgeordneten wurden während einer Wahlversammlung in Driedorf (Dillkreis) 6 cm lange Nägel in die Räder seines parkenden Personenwagens getrieben.

"Die Welt", eine gewiss unverdächtige Quelle, berichtete am 12. September 1957 über das Verhalten der "Jungen Union":

"Besonders aktiv in negativer Sinne ist die 'Junge Union'. Mehrfach störte sie Filmvorführungen der SPD und produzierte sich in lärmenden Radauszenen. Bewaffnet mit Markeladeneimern, Sirenen, Trillerpfeifen und Kuhglocken glaubt sie ihre politische Stärke demonstrieren zu müssen."

So führte sich die Jugendorganisation der CDU auf, obwohl sie zur gleichen Zeit in einem Verbotsflugblatt ihre politische Aufgabe angeblich darin erblicken wollte, "der Jugend das Wesen, das Funktionieren und den Geist der freiheitlichen Demokratie" nahezubringen. Theorie und Praxis standen sich, wie man sieht, diametral gegenüber. Dennoch hat damals niemand die Anhänger der "Jungen Union" etwa als Mob zu bezeichnen gewagt. Möge diese Erinnerung dazu dienen, dass die CDU sich künftig mehr Mäßigung auferlegt, denn - wer im Clashhaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!

Höhe Behörde soll Kartellproben lösen

ht. - Nach seiner konstituierenden Tagung im März hat das Europa -  
parlament in der abgelaufenen Woche in Straßburg seine erste ordentliche  
Sitzungsperiode abgehalten. Wir erinnern uns: das alte Montanparlament  
besteht nicht mehr, es ist durch das neue Europäische Parlament ersetzt  
worden, das gemeinsame Parlament der Europäischen Gemeinschaft für Kohle  
und Stahl (EGKS), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der  
Euratom. Dieser Juni-Tagung harnte die Lösung der schwierigen Frage, wel-  
che Stadt der künftige gemeinsame Sitz der drei europäischen Institutio-  
nen werden soll, nachdem die sechs Außenminister das Europaparlament ge-  
beten hatten, eine Stellungnahme hierzu abzugeben. Nach Vorschlägen des  
politischen Ausschusses, dem u.a. die Abg. Dr. Hermann Kopf und Birkel-  
bach (SPD) angehören, und des Abg. Zeitgen, wählte das Parlament drei  
Städte, wobei Brüssel 170, Straßburg 161 und Mailand 155 Stimmen erhiel-  
ten. Dieses Ergebnis wurde dem Ministerrat zugeleitet, der am 1. Juli  
den endgültigen Sitz durch einstimmigen Beschluß festzulegen hat. Wel-  
cher Stadt der Vorzug gegeben wird, - es kommen wohl nur noch Brüssel  
und Straßburg in Frage - ist ganz offen. Vielleicht gibt die Möglichkeit,  
die europäischen Institutionen ab Oktober in den Gebäuden der Weltaus-  
stellung zu etablieren, für Brüssel den Ausschlag. Für Straßburg spricht  
allerdings, daß diese Stadt nun schon seit vielen Jahren so etwas wie  
ein Symbol für West-Europa geworden ist.

Der sozialpolitische Ausschuß wies mit Sorge auf den Rückgang der  
Wirtschaftslage und das Anwachsen der Halberbestände mit den dadurch  
ausgelösten Feierschichten hin. Bisher seien bereits 39.000 Bergarbeiter  
arbeitslos geworden, die Zahl der Lehrlinge habe sich in den letzten drei  
Jahren um 10.000 verringert. Bertrand forierte die Ausarbeitung eines  
Statuts, das die Lage der Bergarbeiter verbessern soll. Der Vorsitzende  
der Sozialistischen Fraktion des Parlaments, Nederhorst, kritisierte,  
daß die Höhe Behörde nicht immer die ihr zu Gebote stehenden politischen  
Möglichkeiten genutzt habe, daß sie bei ihrer Sozialarbeit aber auch auf  
den Widerstand der Arbeitgebergruppen und sogar einiger Regierungen stoße.  
Der Abg. Birkelbach (SPD) stellte fest, daß die Arbeitszeitverkürzung  
reibungslos vor sich gegangen sei, daraus erwachsende Schwierigkeiten  
seien nur vorübergehend. Mit der Arbeitszeitverkürzung gehe eine Erhöhung

der Produktion einher.

Die Kartellpolitik der Hohen Behörde wurde von mehreren sozialistischen Abgeordneten scharf kritisiert. Dr. Kreyszig mißbilligte namens der Sozialistischen Fraktion besonders die Politiker der Hohen Behörde gegenüber den Ruhrkartellen. Die von diesen vorgenommene Aufstellung von Preislisten sei ein Verstoß gegen den Montanvertrag und müsse öffentlich bekanntgemacht werden, um Wiederholungen zu vermeiden. Die Verwaltung der Kartelle müsse weitgehend öffentlich sein. In der Schrottfrage habe der Gerichtshof der Montanunion am 13. Juni ein für die Hohe Behörde geradezu katastrophales Urteil gefällt.

Dr. Heinrich Deist stellte die Frage, ob die Zusammenschlüsse in den Kohlengruben und der Eisen- und Stahlindustrie den Absichten der Schöpfer des Montanvertrages entsprächen. Die Hohe Behörde empfehle sogar bestimmte Kartelle. Bei Kohle und Stahl gebe es denn auch keinen freien, sondern einen beschränkten, manipulierten Wettbewerb. Es genüge nicht, sich Illusionen hinzugeben und die Tatsachen zu übersehen. Die Schaffung der drei Ruhrkohlen-Verkaufsgesellschaften habe nicht, wie Herr Etzel 1955 angenommen habe, den freien Wettbewerb gefördert. Es sei an der Zeit, daß die Hohe Behörde jetzt das Problem der Kontrolle der Konzerne in Angriff nehme.

Das Mitglied der Hohen Behörde, Dr. Heinz Potthoff, nahm zu Fragen der wissenschaftlichen und technischen Forschung Stellung. Auf einer Pressekonferenz äußerte er Besorgnis über die Lage auf dem Kohle- und Stahlmarkt. Die Haldenbestände seien dreimal so hoch wie im März 1957, die Feierschichten nähmen zu, die Verbraucherbestände seien gewachsen, das Heizöl im Vormarsch. Die Stahlproduktion sei um 20 % zurückgegangen, die Konkurrenz wachse. Bezüglich der Haldenfinanzierung habe die Hohe Behörde nichts dagegen, wenn regionale Ausgleichskassen, z.B. an der Ruhr, geschaffen würden, die allerdings der Kohlenbergbau selbst finanzieren müsse.

Im Laufe der Tagung teilte der Präsident der Hohen Behörde, Finet, mit, daß in den USA für die Hohe Behörde eine neue Anleihe über 50 Mill. \$ aufgelegt werde, ebenso soll Euratom ein amerikanisches Darlehen von 135 Mill. \$ erhalten.

Eckardt's Schönfärberei:

FB. Der, wie es im Protokoll heisst, Ministerialdirektor von Eckardt, "mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt beauftragt" hat anlässlich der Beratung des Etats des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung erstmalig im Bundestage gesprochen. Es war selbstverständlich, dass man im Bundestage mit einem Beamten nicht die Klängen kreuzt. Das muss an dieser Stelle nachgeholt werden, denn die Angaben von Eckardt's gehen zu einem grossen Teil an den Dingen vorbei, zum Teil sind sie sogar offensichtlich unrichtig.

Der Leiter des Presse- und Informationsamtes hat, als er die Arbeit seines Amtes herausstellte, nur von dem einen Teil gesprochen, nämlich dem, den man gemeinhin als das "Ohr der Bundesregierung" bezeichnet, also die Abteilung Kunst. An dieser Abteilung hat bisher aber noch niemand Kritik geübt, im Gegenteil, ihr kann man bescheinigen, dass sie in der Materialsammlung, bis auf kleine Schnitzer, ordentlich arbeitet. Hätte man in diesem Jahr nicht einen Überrollungshaushalt vor sich, so sollte man wirklich ernsthaft darüber diskutieren, ob die Zahl der Erfasser nicht vermehrt werden sollte und es wäre auch wirklich einer Überprüfung wert, ob diese Spezialkräfte nicht tariflich zu niedrig eingestuft sind.

Darüber gibt es also keinen Streit. Herr von Eckardt hätte aber eingehender über den Teil seines Hauses reden sollen, den man als den "Mund der Bundesregierung" bezeichnet. Die Kritik der SPD richtete sich nämlich vorwiegend dagegen, denn hier wird die Parteipropaganda getrieben und diese wird aus dem Titel 300 finanziert.

In seiner Rede hat von Eckardt erklärt:

"Ich muss Ihnen nach einer etwa fünfjährigen Erfahrung, die ich selber in den Abrechnungsbesprechungen mit dem Präsidenten des Rechnungshofes habe, sagen, dass der Präsident des Rechnungshofes, weder der früheren noch der heutigen, jemals eine Entlastung erteilen würde, wenn seine Beamten ihm mitteilen würden, dass man mit den Fonds in dieser Form (gemeint ist die Unterstützung der Parteien der Regierungskoalition bei Wahlkämpfen) verfahren würde."

Diese Auskunft des Herrn von Eckardt kann nicht zutreffend sein, es sei denn, man müsste auch am Bundesrechnungshof zweifeln, wofür noch kein Anlass besteht. Dass diese Auskunft falsch sein muss, dafür ist die Affäre "Bleib im Bild" der beste Beweis.

Kurz vor den Bundestagswahlen 1957 hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die Parr-Illustrierte "Bleib' im Bild" gegrün-

29. Juni 1958

det, die in der Zwischenzeit eingegangen ist. Es ist erwiesen, dass für diesen Zweck aus Mitteln des Titels 300 1,2 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden sind. Herr von Eckardt muss also, wenn seine Angaben stimmen, vorher mit dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes gesprochen und ihn befragt haben, ob er eine Verwendung dieser Mittel für die getarnte Propaganda-Illustrierte "Bleib' im Bild" für gerechtfertigt ansehe. Die Frage ist, ob der Präsident des Bundesrechnungshofes seine Zustimmung erteilt hat. Es fällt schwer, das anzunehmen, denn der Bundesrechnungshof steht nach wie vor in dem guten Rufe, solche Praktiken nicht zu billigen. Hat man also in der Vorbesprechung dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes die volle Wahrheit gesagt?

Leider ist der Bundesrechnungshof in der Prüfung der Jahresrechnungen erheblich im Rückstand und vielleicht wird die Jahresrechnung 1957 erst im kommenden Jahre endgültig geprüft werden. Man muss also abwarten, ob eine Beanstandung noch erfolgt. Dabei wird sich herausstellen, ob man diese Behörde getäuscht hat. Erfolgt aber keine Beanstandung, dann ist das Vertrauen auch zu dieser Behörde dahin, denn man gab eine getarnte Illustrierte heraus, die nur Wahlpropaganda für die CDU erhielt, verwendete dafür 1,2 Millionen DM und hat nachher im Bundestag noch die Stirn, zu behaupten, dass die Bezeichnung Reptilienfonds für den Titel 300 unzutreffend sei. Hier hat man nicht nur ein schmutziges Reptil gefüttert; dessen Appetit hatte schon die Ausmaße eines Dinosauriers.

Herr von Eckardt hat sich weiter dagegen gewehrt, dass man ihm von Seiten der Opposition sagte, er verfüge über mehr Mann und Mittel als seinerzeit Dr. Joseph Goebbels. Er hat an Hand des Haushaltsplanes von 1939 nachzuweisen versucht, dass diese Angaben nicht stimmen. Rein zahlenmässig hat er damit für das Haushaltsjahr 1939 recht. Das Jahr 1939 ist nur kein Vergleichsmaßstab, denn damals lief die Kriegsvorbereitung auf vollen Touren und entsprechend auch die Propaganda. Dieses Jahr ist also kein Maßstab. Wenn man schon korrekt arbeiten will, dann kann man höchstens die Etatpläne von 1935/36 heranziehen. Tut man das, dann steht fest, dass Herr von Eckardt doch über mehr Mittel und Leute verfügt, als seinerzeit das Propagandaministerium.

Wie gesagt, man kann mit einem Beamten schlecht im Bundestag polemisieren. Aber auch Beamte, zumal sie parlamentarisch noch am Anfang stehen, sollten wissen, dass sie in diesem Hause nicht alles und jedes sagen können, ohne dass sie nicht eines Tages doch zur Verantwortung gezogen werden.

Ein Brief an alle katholischen Fakultäten

G.H.F. Der Würzburger Universitätsprofessor der Geschichte, Dr. Michael Seidlmayer, der bereits vor kurzem mit einem Offenen Brief den Episkopat auf seine Mitverantwortung der Atomrüstung aufmerksam gemacht hat, ist neuerdings mit einem Brief an alle katholisch-theologischen Fakultäten hervorgetreten, in dem er sich mit der Erklärung der sieben katholischen Moraltheologen auseinandersetzt, der von manchen katholischen Organisationen in Massen als die Stimme "der Kirche" verbreitet wurde. In bestens fundiertem scharfen Angriff weist der Gelehrte den Anspruch ab, dass diese Stimme einiger Rechtfertiger der Bonner Regierungspolitik die Stimme der Kirche sei. Sarkastisch fragt der Professor, was man denn unter der "sittlich nicht unerlaubten" kontrollierbaren Atomombe zu verstehen habe. Dr. Seidlmayer schreibt:

"Wenn das gewünschte "kontrollierte" Ziel zum Beispiel die Stadt Frankfurt wäre, dann würde wohl tatsächlich "nur" die Stadt Frankfurt vernichtet werden, und nicht auch - "unkontrolliert" Köln oder München?"

Professor Seidlmayer macht den Moraltheologen den Vorwurf: entweder in "Leichtfertigkeit" alle Bedenken von Fachgelehrten beiseite geschoben zu haben oder "in perfekter Gewissenlosigkeit, nur um das Volk sich gefügig zu machen", alle diese Bedenken als "Atompanik" anzuprangern und zu beschimpfen.

Der Brief schliesst mit der Aufforderung an die Moraltheologen, ihr "Lehrstück" ruhig dort abzulegen, wohin es allein gehört: "in die Aktenmappe historischer Dokumente zur Bonner Regierungspolitik".

Wie wir erfahren, wird dieser Brief zusammen mit dem ersten "Offenen Brief" in wenigen Tagen als Broschüre erscheinen. Damit ist das bisher beste Material gegen eine Atompolitik geliefert, die sich blasphemisch "christlich" zu nennen erlaubt.

\*

Professor Schneider isoliert

sp - In Würzburg wurde, unter hervorragender Beteiligung der Universität, ein Komitee gegen Atomrüstung gegründet, unter dem Vorsitz des Mediziners Professor Schaltenbrand. Dem Komitee gehören ferner an: die Universitätsprofessoren Seidlmayer (Geschichte) Noack (Geschichte) und Ackermann, ferner Gewerkschaftler, Lehrer und Künstler. Professor Schaltenbrand versicherte auf der Gründungsversammlung mit Nachdruck, dass das Komitee jede östliche Beeinflussung oder kommunistische Beteiligung energisch und grundsätzlich ablehne. Darin ist die eindeutige Absage an den Würzburger Staatsrechtler Professor Franz-Paul Schneider zu erblicken, der seinerzeit für die kommunistischen "Weltjugendspiele" agitierte und neuerdings das Steuer des kommunistischen "Ständigen Kongresses gegen den Atomtod" führt.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel